

Lübecker Nachrichten

www.ln-online.de

In-online/lokales
vom 28.10.2011 00:00

Politiker mahnen: Lasst die Boostedter jetzt nicht allein

Statt einer Kaserne mit fast 2000 Soldaten künftig nur noch ein Munitionsdepot mit 40 – die LN erreichten weitere Stellungnahmen zur Standort-Reduzierung.

Boostedt/ Bad Segeberg – Von der Kritik, die Landesregierung in Kiel habe sich nicht energisch genug für die Erhaltung von Standorten eingesetzt, bis zur Forderung, die Gemeinde jetzt nicht im Regen stehen zu lassen, reichen die Kommentare von Politikern zur Verknappung der Mannstärke in der Boostedter Kaserne von 1980 auf gerade mal 40 Soldaten.

„Die Entscheidung von CDU-Bundesverteidigungsminister de Maizière, den Bundeswehrstandort Boostedt von 1980 auf 40 Soldaten zu verringern, kommt faktisch einer Auflösung gleich.“ Das sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies. Die Reduzierung sei ein schwerer Schlag für die Region und werde starke Auswirkungen haben: „So wird mit dem Verlust der Arbeitsplätze die Kaufkraft vor Ort abnehmen, was besonders der Einzelhandel zu spüren bekommen wird“, meint Thönnies.

Seine Fraktion setze sich dafür ein, dass die von der Bundeswehrreform betroffenen Gemeinden „nicht alleine gelassen werden“. Der Bund müsse helfen, die kommenden Strukturveränderungen zu gestalten. Auch die Landesregierung hat der SPD-Politiker im Visier: Bei fast 11 000 „Dienstposten“, die künftig im Land entfallen, wäre zuvor ein stärkeres Engagement der Kieler CDU/FDP-Regierung angemessen gewesen. Nun sei Schleswig-Holstein der große Verlierer der Bundeswehrreform.

Naturgemäß anders sieht das der auch für Boostedt zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Philipp Murmann aus Neumünster, der für Boostedt wie für Lütjenburg einen Ideenwettbewerb für Studenten der schleswig-holsteinischen Universitäten und Fachhochschulen anregt: „Wir sollten nicht in eine Schockstarre verfallen, sondern verstärkt Zukunftsinitiativen entwickeln.“

Die Reduzierung bedeute für Boostedt wie für Neumünster einen harten Einschnitt, auf den er mit Überraschung und Bedauern reagiert habe: „Mit einer derartigen Reduzierung hatte ich nicht gerechnet, weil in allen Gesprächen, die ich im Ministerium und mit der Bundeswehrführung geführt habe, immer wieder die gute Lage der Kaserne hervorgehoben wurde“, erklärt Murmann. Dabei könne man froh sein, dass die Boostedter Kaserne im Gegensatz zur Lütjenburger nicht völlig schließe. Das könne zumindest neue Perspektiven eröffnen: „Mit dem Bürgermeister habe ich bereits telefoniert und ein Treffen vereinbart um auszuloten, welche Unterstützung ich geben kann“, sagt der Christdemokrat.

Heinz-Michael Kittler, Fraktionschef der Linken im Kreistag, erklärt: „Das unausgelegene Sanierungskonzept stellt die Gemeinde Boostedt vor gewaltige Herausforderungen.“ Wer wie die Bundesregierung am grünen Tisch Reformpläne entwerfe, dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen, wenn es um die Umsetzung dieser Pläne gehe – und das sei nun einmal, den Abbau von Bundeswehrstandorten sozialverträglich sowie wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Vor Schnellschüssen warnt Jürgen Kaldewey, Vorstandssprecher im Kreisverband Bündnis 90/ Grüne. Zwar sei der Abbau militärischer Einrichtungen grundsätzlich zu begrüßen, doch habe man die betroffenen Regionen nicht annähernd ausreichend darauf vorbereitet: „Mindestens die Hälfte der eingesparten Mittel sollte unmittelbar den Betroffenen, den Menschen und den kleinen ortsansässigen Unternehmen, direkt oder über Förderprojekte zukommen. Soziale Härten sind keine Nebenschauplätze sondern gehören auf Platz 1 der Maßnahmen“, fordert Kaldewey, der zudem darauf verweist, dass selbstverständlich nirgendwo Altlasten zurückbleiben dürften.

Von Lothar Hermann Kullack

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/nachrichten/3274166>

© 2010 www.ln-online.de